



Lauter Liebesdramen

Ein fesselndes Buch über die Frauen berühmter Männer in Russland. Seite 17

Zeichnungen: Janina Kuschtewskaja

Finanzielle Formkrise

Frankreichs Fußball profitiert nicht wie erhofft von EM-Investitionen. Seite 20

Kubanische Konflikte

Ein Gespräch über USA-Nähe und sozialen Druck. Seite 3

Foto: AFP/Yamil Lage



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 7. Juli 2016

71. Jahrgang/Nr. 157

STANDPUNKT

Am Pranger

Olaf Standke zum Report über die britische Kriegsbeteiligung in Irak

Für die Angehörigen der in Irak gefallenen britischen Soldaten war immer klar: Tony Blair muss zur Verantwortung gezogen werden. Nicht nur Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu will den Londoner Ex-Premier schon seit Langem vor dem Internationalen Strafgerichtshof sehen: Weil er als treuer Vasall von US-Präsident George W. Bush den Feldzug im Zweistromland ohne UN-Mandat mit einer dicken Lüge über Massenvernichtungswaffen in Saddam Husseins Händen legitimiert und dann die Welt ohne Konzept für die Nachkriegszeit destabilisiert habe.

Soweit geht der am Mittwoch in London vorgelegte zwölfbändige Bericht der »Chilcot-Kommission« nach siebenjähriger Recherche – kaum überraschend – bei Weitem nicht. Ja, der damalige Regierungschef habe Geheimdienstinformationen aufgebauscht und nicht alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ausgeschöpft – aber strafrechtliche Folgen muss Blair wohl nur bei möglichen Klagen von Opferfamilien befürchten. Auch die Mitglieder der schottischen SNP, die auf Grundlage des Reports in Edinburgh ein »Impeachmentverfahren« gegen ihren Landsmann einleiten wollen, denken allein an eine moralische Verurteilung. 1806 gab es das zum letzten Mal im Vereinigten Königreich. Man muss befürchten, dass es auch noch sehr lange dauern wird, bis sich endlich ein westlicher Staatsmann vor dem Weltstrafgericht in Den Haag seiner politisch-juristischen Verantwortung für Gewalt und Flucht stellen muss – als Kriegsverbrecher.

UNTEN LINKS

Wer das Lächeln für einen Ausdruck spontaner Freude oder Sympathie hält, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Lächeln ist knallhartes Business. Schon seit langem werden Verkäufer überflüssiger Waren und unsinniger Dienstleistungen in Lächelseminaren geschult, bis ihre Gesichtsmuskulatur die Bizepsmaße eines Bodybuilders angenommen hat. Die Gunst der Kunden zu gewinnen, ist schließlich kein Spaß. Auf diese Erkenntnis baut auch der japanische Kosmetikkonzern Shiseido, der jetzt eine Lächel-App entwickelt hat, mit der die Außenwirkung des Nutzers »objektiv eingeschätzt« werden soll. Die App weiß 120 Lächelgrade und sieben Lächelvarianten zu unterscheiden. Indem sie Gesichtsmaskeraden in Algorithmen übersetzt, analysiert sie, ob die jeweilige Grimasse die gewünschte Wirkung erzielt. Nur Griesgrame zweifeln angesichts solcher Fortschritte weiter daran, dass der Kapitalismus die Welt jeden Tag freundlicher macht. mha

Sollen sie doch Kuchen essen

Was tun gegen Armutsdruck und soziale Spaltung? Kongress sieht »Zeit zu(m) Handeln«



Foto: Szene aus »Marie Antoinette«, Columbia Pictures 2006, ddpj/interTOPICS/mptv

Berlin. Es vergeht kein Tag ohne solche Meldungen: Trotz guter Konjunktur haben die allermeisten Langzeiterwerbslosen keine Chance, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Zwar ging in der Statistik ihre Zahl 2015 um 1,4 Millionen zurück, doch nur 13 Prozent davon fanden wirklich eine Stelle, der Rest wurde als »erwerbsunfähig« eingestuft beziehungsweise in Vorruhestand abgeschoben.

Oder Nachrichten wie diese: Immer mehr Alleinerziehende und ihre Kinder sind von Armut bedroht – laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung wächst fast eine Million Kinder mit nur einem Elternteil auf, das dann auch noch von den Hartz-Leistungen alle Ausgaben bestreiten muss. Die Hälfte der Alleinerziehenden bekommt nicht einmal Unterhalt vom

Ex-Partner für die Kinder, ein weiteres Viertel nur unregelmäßig oder weniger, als der Mindestanspruch festlegt.

Von wachsender sozialer Spaltung und den Folgen der Ungleichheit ist seit einiger Zeit wieder mehr und vor allem kritischer die Rede – doch politisch ändert sich wenig. Die jüngsten sozialpolitischen Regelungen waren eher ein Beitrag zur Betonierung der Verhältnisse. In der Union wird weiterhin die »Schwarze Null« gepriesen, die SPD redet viel über mehr Gerechtigkeit, hält aber weiter in der Großen Koalition aus. Während laut einer Studie der ihr nahestehenden Ebert-Stiftung 82 Prozent der Bundesbürger die soziale Ungleichheit beklagen und über zwei Drittel höhere Steuern auf Vermögen richtig finden, erscheint die Un-

tätigkeit der Regierung wie ein spätes Echo des berühmt-berüchtigten Spruches der französischen Königin Marie Antoinette, die ob des Vielen fehlenden Brotes meinte: »Sollen sie doch Kuchen essen.«

Nun mangelt es vielleicht heute nicht so sehr an Brot, aber an Chancen, an Teilhabe, ja: an der Möglichkeit, selbstbestimmt Mensch sein zu können. Wie sich daran etwas ändern könnte? Ulrich Schneider setzt auf die Bürgergesellschaft. In der müssten sich Mehrheiten sichtbar für eine soziale Kurswende aussprechen, sagt der Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes im Gespräch mit nd-Redakteur Fabian Lambeck. Der Verband trifft sich deshalb zu einem Armutskongress. Motto: Zeit zu(m) Handeln. tos Seite 2

Blair – gelogen, getäuscht, gebombt

Britische Untersuchungskommission veröffentlichte ihren Bericht zum Irak-Krieg

Der am Mittwoch vorgelegte Chilcot-Bericht hat die britische Beteiligung am Irak-Krieg ab 2003 untersucht. Dabei wird die damalige Regierung unter Tony Blair scharf kritisiert.

Von Peter Stäuber, London

Die britische Untersuchungskommission zum Irak-Krieg ist in ihrem lange erwarteten Bericht zu einem niederschmetternden Urteil gekommen. Die Regierung von Tony Blair habe damals die Bedrohung durch Irak bewusst übertrieben. Die Invasion sei 2003 erfolgt, als noch nicht alle nichtmilitärischen Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Zudem habe sich die Führung nicht ausreichend für die Zeit nach dem Sturz des irakischen Staatschefs Saddam Husseins vorbereitet.

Die Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Diplomaten Sir John Chilcot war 2009 von Premierminister Gordon Brown

eingesetzt worden. Sie sollte die Umstände der britischen Beteiligung am Irak-Krieg der USA und die Zeit der Besatzung bis 2009 beleuchten. Die Anhörungen waren bereits 2011 abgeschlossen, aber die Veröffentlichung verzögerte sich – in erster Linie, weil Regierungsbehörden die Offenlegung gewisser Dokumente verhindern wollten.

Die Versäumnisse der britischen Regierung und des militärischen Führungspersonals seien zahlreich, sagte Chilcot bei der Präsentation in London am Mittwoch. Am schwersten wiegt, dass der Entscheid, in den Krieg zu ziehen, voreilig und unter zweifelhaften Umständen gefällt worden war. Der Premierminister habe sich mehr von seinen eigenen Überzeugungen leiten lassen als von den differenzierteren Einschätzungen der Nachrichtendienste, schreibt Chilcot.

Bereits im Sommer 2002 scheinen sich Blair und US-Präsident

George W. Bush darauf geeinigt zu haben, dass Saddam gewaltsam entfernt werden müsse. Blair würde Bush »auf jeden Fall« unterstützen, schrieb der Premierminister damals in einem Memorandum. In der Folge habe Blair die Gefahr irakischer Massenvernichtungswaffen stark übertrieben, um im Parlament Unterstützung für einen Militäreinsatz zu gewinnen, sagte Chilcot. Die Frage, ob die Intervention legal gewesen sei, war zwar nicht Teil der Untersuchung, aber Chilcot kam zum Schluss, dass »die Umstände, unter denen entschieden wurde, dass es eine rechtliche Grundlage für eine britische Militäration« gebe, »keineswegs zufriedenstellend« waren.

Die Deutlichkeit, mit der Chilcot Blair, dessen Kabinett und die damalige militärische Führung kritisiert, wurde von vielen Seiten begrüßt. Viele der Millionen von Briten, die im Frühling 2003 gegen die Invasion demonstriert

hatten, sehen sich in ihren Warnungen über die katastrophalen Folgen des Militäreinsatzes bestätigt.

Der Krieg forderte das Leben von Hunderttausenden irakischen Zivilisten und über 200 britischen Soldaten. Labour-Chef Jeremy Corbyn, einer der schärfsten Kritiker Blairs, sagte, dass dieser das Parlament in die Irre geführt habe und jetzt dafür zur Rechenschaft gezogen werden müsse.

Lesen Sie auf Seite 10

Gesund leben

Guck mal, ein Tsunami! Wenn Katastrophen ausbrechen, ist Panik weniger das Problem als Unwissenheit

Rettungseinsätze im Mittelmeer

4500 Bootsflüchtlinge binnen eines Tages an Bord geholt

Rom. Die italienische Küstenwache hat gemeinsam mit Hilfsorganisationen und Marineschiffen aus EU-Partnerländern allein am Dienstag rund 4500 Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Insgesamt hätten die Schiffe zwischen Italien und Nordafrika binnen eines Tages 30 Rettungseinsätze geleistet, teilte die Küstenwache am Abend mit. Der größte Einsatz habe einem kaum seetüchtigen Schiff mit 435 Migranten gegolten, unter ihnen 124 Frauen und 18 Kinder. Fünf Schiffe der italienischen Küstenwache hätten Flüchtlinge aufgenommen. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums kamen im ersten Halbjahr rund 70 000 Bootsflüchtlinge in Italien an.

Auch zwei Schiffe der deutschen Marine haben mehrere hundert Flüchtlinge gerettet. Das an der EU-Mission »Sophia« beteiligte Boot »Datteln« nahm am Dienstag 100 Kilometer vor Tripolis 45 Menschen aus einem Holzboot und einem Schlauchboot an Bord, wie das Einsatzführungskommando der Bundeswehr mitteilte. AFP/nd Seite 8

22 Milliarden Euro durch Finanzsteuer

Neue Schätzung der EU-Kommission

Paris. Die derzeit von zehn EU-Staaten diskutierte Finanztransaktionssteuer könnte nach einer Schätzung der EU-Kommission jährlich bis zu 22 Milliarden Euro einbringen. In einem ersten Schritt könnten etwa eine Aktienbesteuerung 4,6 Milliarden und über eine Besteuerung von Finanzderivaten 15 Milliarden Euro pro Jahr eingenommen werden, heißt es in einem Papier der EU-Kommission, das die Nachrichtenagentur AFP einsehen konnte. In einem zweiten Schritt wären es 5,7 und 16,2 Milliarden Euro.

Die Finanztransaktionssteuer soll die Finanzbranche an den Kosten künftiger Krisen beteiligen. In einer EU-weiten Form schätzte das Projekt 2013 am Widerstand Großbritanniens und Schwedens. An den Verhandlungen über das Projekt sind derzeit unter anderem Deutschland, Frankreich, Italien und die Slowakei beteiligt. Laut früheren Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte je nach Ausgestaltung allein Deutschland 45 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. nd/AFP

Es bleibt bei der Schwarzen Null

Regierung beschloss Etat für 2017

Berlin. Die Bundesregierung will auch künftig keine neuen Schulden machen: Das geht aus dem Haushalt des Bundes für 2017 und der Finanzplanung bis 2020 hervor, die am Mittwoch vom Kabinett beschlossen wurden. Für die kommende Legislaturperiode stellte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) begrenzte Steuerentlastungen in Aussicht. Ein Abrücken vom Konsolidierungskurs dürfe es auch angesichts der demografischen Entwicklung aber nicht geben. »Wir leisten damit einen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzpolitik in Europa insgesamt«, so Schäuble. Mit dem Haushaltsentwurf »setzen wir richtige Impulse für unser Land«, erklärten die SPD-Haushaltsexperten Carsten Schneider und Johannes Kahrs. Für die Grünen kritisierte Sven-Christian Kindler: »Dieser Haushalt gibt keine Antwort auf die soziale Spaltung unserer Gesellschaft.« Es fehle an gezielten Investitionen zum Beispiel beim Klimaschutz. Mehr Steuergerechtigkeit und eine gerechtere Verteilung des Reichtums forderte LINKE-Haushaltsexpertin Gesine Löttsch. AFP/nd Seiten 4 und 5

ISSN 0323-3375

